

Wettbewerbsfähigkeit hat Vorrang

Kosten reduzieren für die Attraktivität des Standortes

VON RONNY WOLFF

Die Arbeitgeberföderation UEL präsentierte ihren Mitgliedern gestern ihre Forderungen und Erwartungen an die Regierung. Neben der Wichtigkeit der Wiederherstellung ausgeglichener Staatsfinanzen unterstreicht der Präsident der UEL, Michel Wurth, dass vor allem die Wettbewerbsfähigkeit des Landes gestärkt werden müsse. Über diesen Weg könnte man neue Unternehmen nach Luxemburg locken, die dann auch zum Reichtum des Landes beitragen könnten. Das Patronat erwartet sich dementsprechend konkrete Entschlüsse, wenn die Tripartite am Dienstag die Wettbewerbsfähigkeit unter die Lupe nimmt.

Der Vorstand der UEL hat gestern seine Verhandlungsposition für die nächste Tripartite-Runde präsentiert, die am Dienstag die Wettbewerbsfähigkeit des Landes unter die Lupe nimmt. Um diese zu steigern, schlägt die UEL einen Aufschub der automatischen Indexanpassung um zwei Jahre sowie die Aussetzung von Lohnerhöhungen in den Kollektivverträgen und das Einfrieren des Mindestlohns vor. Wurth zitierte Premier Jean-Claude Juncker, der errechnete, dass jede Indexranche den Staatshaushalt um weitere 120 Millionen Euro belastet.

Diese Maßnahmen würden auch die Inflation bremsen, die die heimischen Unternehmen gegenüber der Konkurrenz der Großregion weiter benachteiligten. Vor allem müsse man die Kluft zwischen den luxemburgischen und den deutschen Gehältern reduzieren. Die UEL lehnt dementsprechend eine Erhöhung der sozialen Mehrkosten für die Betriebe ab.

Die Maßnahmen, die von den Gewerkschaften mehrheitlich verworfen werden, sollen auch eine



Michel Wurth erwartet klare Aussagen, wenn die Tripartite am Dienstag über die Wettbewerbsfähigkeit Luxemburgs befindet. (FOTO: GERRY HUBERTY)

größere Flexibilisierung der Arbeitszeiten beinhalten; z. B. sollte die zulässige Wochenarbeitszeit von 48 Stunden in Ausnahmefällen für eine kurze Übergangszeit auf 54 Stunden erhöht werden können.

Der Patronatsverband will auch die „Dualität des Arbeitsmarkts“ brechen. 80 Prozent der Luxemburger würden im öffentlichen Sektor arbeiten, während 80 Prozent der Ausländer in der Privatwirtschaft tätig seien, so Wurth.

Dies würde auch zu sozialen Spannungen im Land führen.

Die UEL rechnet vor, dass das wegen der Krise ausbleibende Wachstum bis 2014 16 Prozent ausmache - vorausgesetzt Luxemburg hätte ein Wachstum von vier Prozent pro Jahr behalten. Nach dieser Rechnung entgingen Luxemburg bis 2014 sechs Milliarden Euro an Einnahmen. In diesem Zeitrahmen würde Luxemburg auch 42 000 Arbeitsplätze weniger schaffen. Für 2010 wird ein

Wirtschaftswachstum von ungefähr zwei Prozent erwartet.

In der Broschüre „Comment sortir ensemble de la crise“, die auch die Regierung vorgestellt bekam, präsentiert die UEL ihr Modell, um Luxemburg aus der Wirtschaftskrise zu lotsen.

Die Sanierung des Defizits geht nicht weit genug

Der Vorstand der UEL nahm auch Position zum Sparpaket der Regierung, das vorige Woche von Finanzminister Luc Frieden vorgestellt wurde. Die Sanierung des Staatshaushalts sei wichtig, meinte Wurth, der sich einverstanden mit dem Vorschlag zeigt, 400 Millionen Euro einzusparen und 200 Millionen Euro durch zusätzliche Einnahmen, wie z. B. zusätzliche Steuern, zu erwirtschaften.

Dennoch würden diese Schritte nicht weit genug gehen, meinte er. Die UEL erwartet außerdem einen Terminplan für diese Maßnahmen. Das Staatsdefizit beträgt dieses Jahr 1 500 Millionen Euro, und bis 2014 könnte die Staatsschuld 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichen, gab der UEL-Präsident zu bedenken.

Die UEL kritisierte auch die Hinhaltetaktik bei der Reform des Sozialwesens. Dass dieses Jahr das Defizit der Krankenversicherung von 90 Millionen einfach mit den Reserven beglichen wird, bezeichnet die UEL als „skandalös“.

Wegen der Krise würde, bei gleichbleibender Politik, die sogenannte Rentenmauer - also der Zeitpunkt, an dem die Einnahmen die Kosten der Pensionskassen nicht mehr decken -, sogar vier Jahre früher als angenommen erreicht, 2021 anstatt 2025. 2030 seien die Reserven aufgebraucht und 2050 würde dann das Defizit 190 Prozent des BIP ausmachen.